

Antrag 170/I/2024**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Bildung einer TaskForce zur Wiederherstellung staatlichen Handelns und schnelleren Abwicklung von Aufenthaltsverlängerungen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates wer-
2 den aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass so schnell
3 wie möglich eine ad-hoc TaskForce gebildet wird, be-
4 stehend aus Vertreter:innen der Innenverwaltung, der
5 Integrations- sowie der Sozialverwaltung, der Finanzver-
6 waltung, des Landesamtes für Einwanderung (LEA) sowie
7 der Integrationsbeauftragten. Ziel ist es, eine klare Prio-
8 ritätensetzung der Behörde und baldige Lösung für die
9 unhaltbaren Zustände beim LEA zu finden, um endlich
10 wieder eine fristgerechte Abwicklung der Verlängerungen
11 von Aufenthaltstiteln in Berlin umzusetzen. Die Ergebnis-
12 se der Task-Force werden so schnell wie möglich umge-
13 setzt und dem LEA werden hierzu die benötigten Ressour-
14 cen bereitgestellt. Solange die Funktionalität des LEA per-
15 sonell nicht hinreichend hergestellt ist, sollte die Behörde
16 wegen der geringen Praktikabilität vom Ausstellen kurzer
17 Aufenthaltstitel absehen, da kurzfristige Verlängerungen
18 von Aufenthaltstiteln derzeit nicht umsetzbar sind.

19

20 Begründung

21 Derzeit ist das Landeseinwanderungsamt (LEA) nicht in
22 der Lage, den betroffenen Migrant:innen Anschlussver-
23 längerungen binnen der Ablauffrist ihres Aufenthaltes
24 zu ermöglichen. Durch seine Dysfunktionalität produziert
25 der Staat damit Menschen mit illegalem Status. Dies führt
26 dazu, dass zigtausende Migrant:innen wegen ihrer abge-
27 laufenen Aufenthaltstitel keinen neuen Job aufnehmen
28 können oder ihn verlieren, keine Wohnung anmieten kön-
29 nen oder aber nicht verreisen können, weil ihnen eine gül-
30 tige Aufenthaltsgenehmigung fehlt.

31

32 Das Landesamt für Einwanderung kommt seiner staatli-
33 chen Aufgabe derzeit ungenügend nach. Zentrale Aufga-
34 be der Behörde ist die Erteilung von Aufenthaltstiteln, da-
35 mit sich Eingewanderte und Geflüchtete legal in Deutsch-
36 land aufhalten können. Die aktuellen Wartezeiten für ei-
37 nen Termin beim LEA zur Verlängerung von Aufenthaltsti-
38 teln beträgt derzeit bis zu sechs Monate. Dies führt aktuell
39 dazu, dass sich hunderttausende von Migrant:innen oh-
40 ne gültige und fristgerecht verlängerte Aufenthalte in Ber-
41 lin aufhalten. Faktisch sind sie illegal, nicht etwa weil sie
42 dies selbst verschulden, sondern weil die staatliche Behör-
43 de LEA ihrer Aufgabe nicht nachkommt. Dies führt derzeit
44 zu erheblichen Schwierigkeiten für die Betroffenen. Bis zu
45 einem Termin für die Verlängerung einer Aufenthaltser-
46 laubnis erhalten Betroffene auf Nachfrage lediglich eine
47 standardisierte E-Mail, aus der ohne Nennung der Per-

48 son und ohne amtlich beurkundete Bescheinigung her-
49 vorgeht, dass der Aufenthalt grundsätzlich weiter recht-
50 mäßig sei. Diese E-Mail wird von Dritten, etwa Vermie-
51 tern, Arbeitgebern, Schulen oder Grenzbeamten in den al-
52 lermeisten Fällen aber nicht anerkannt. Betroffene laufen
53 daher akut Gefahr, ihre Arbeit zu verlieren, haben erhebli-
54 che Probleme bei der Wohnungssuche oder erhalten falls
55 berechtigt, mangels gültiger Aufenthaltserlaubnis keine
56 staatlichen Leistungen, zumindest nicht termingerecht.
57 Auch ist es den Betroffenen ohne gültige Papiere nicht
58 möglich ein- und auszureisen, etwa um einen Jahresur-
59 laub anzutreten oder ihre Familien in der ersten Heimat
60 zu besuchen.

61

62 Dies betrifft nicht nur Geflüchtete, die sich erst seit Kur-
63 zem in Berlin befinden, sondern auch Migrant:innen, die
64 längst ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben
65 und hier sozialversicherungspflichtig arbeiten aber noch
66 keinen unbefristeten Aufenthalt haben, die also noch
67 nicht im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sind. Sie
68 sind auf jährliche oder zweijährliche fristgerechte Ver-
69 längerungen ihrer Aufenthaltstitel angewiesen, damit sie
70 und ihre Familien sich legal in Deutschland aufhalten und
71 hier arbeiten können.

72

73 Durch die Bildung einer TaskForce muss die Landesverwal-
74 tung das Ziel verfolgen, berechnete Aufenthalte schnellst-
75 möglich und amtlich nachvollziehbar legal zu verlän-
76 gern. Dazu muss die Aufenthaltsverlängerung neben der
77 Einbürgerung zur obersten Priorität des LEA erklärt wer-
78 den. Durch die Zusammenarbeit der Innenfachleute mit
79 den Berater:innen der Integrationsbehörde soll eine Pro-
80 blemorientierung gewährleistet sein, die nah an den Be-
81 dürfnissen der Betroffenen ist und die den Staat wieder
82 handlungsfähig macht.

83